

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umweltausschuß

17. Sitzung
am Mittwoch, dem 7. Mai 1997, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Frauke Tengler (CDU)

Ingrid Franzen (SPD)

Lothar Hay (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Gero Storjohann (CDU)

Roswitha Strauß (CDU)

Herlich Marie Todsén (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Vorsitzende

in Vertretung von Renate Gröpel

Weitere Anwesende

Tagesordnung:	Seite
1. Begrenzte Freigabe der Bejagung von Rabenvögeln zum Schutze der heimischen Tierwelt und Durchführung einer begleitenden Untersuchung Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/70	4
2. Klimaschutz - Planen, Bauen und Wohnen Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/553	7
3. Regulierung des Kormoranbestands Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/636	8
4. Bodenschutzprogramm "Ziele und Strategien des Bodenschutzes in Schleswig-Holstein" Bericht der Landesregierung Drucksache 14/188	9
5. 19. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages Drucksache 14/600	10
6. Landeszuwendungen für Maßnahmen des Artenschutzes Eingabe 187-14-c der Rechtsanwälte Kubicki, Graf Kerksenbrock für die Eulenschutzgemeinschaft Umdruck 14/448	11
7. Verschiedenes	12

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung einigt sich der Ausschuß darauf, den unter dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" vorgesehenen Bericht des Umweltministers zum Landschaftsprogramm zurückzustellen und das Programm anhand der vorliegenden Unterlagen in der nächsten Sitzung am 28. Mai 1997 aufgrund eines ausführlichen Berichts des Ministers umfassend zu diskutieren.

Einvernehmen erzielt der Ausschuß auch darüber, daß das Votum zu dem Bericht der Landesregierung zum Bodenschutzprogramm erst in einer späteren Sitzung gefaßt werden soll; dieser Punkt soll dementsprechend von der Tagesordnung der bevorstehenden Plenartagung abgesetzt werden.

Im übrigen billigt der Ausschuß die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Begrenzte Freigabe der Bejagung von Rabenvögeln zum Schutze der heimischen Tierwelt und Durchführung einer begleitenden Untersuchung

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/70 hierzu: Umdrucke 14/736, 14/739 (überwiesen am 12. Juni 1996 an den Umweltausschuß und den Agrarausschuß)

Abg. Franzen erläutert den von der SPD-Fraktion zur Rabenvogelproblematik eingebrachten Antragstext, Umdruck 14/739, und verweist dazu auf die schriftlich beigefügte Begründung. Die SPD-Fraktion spreche sich gegen eine generelle Ausnahmeregelung zur Bejagung von Rabenvögeln und eine parallel dazu durchgeführte wissenschaftliche Begleitung aus; sie wolle vielmehr an dem derzeitigen dezentralen Genehmigungsverfahren in Einzelfällen festhalten, halte jedoch eine Überprüfung des Verfahrens unter Kosten- und Zeitgesichtspunkten für angebracht. Allerdings befürworte sie auch eine Vereinheitlichung der Bestandserfassungsmethoden und eine aktive Aufklärungsarbeit über die Zusammenhänge zwischen Landschaftsentwicklung und Verstärkung der Rabenvögel. Entscheidend sei - wie auch Abg. Nabel bestätigt -, daß ein Zusammenhang zwischen der Zunahme der Rabenvogelpopulation und einem Rückgang von anderen Singvögeln nach den Aussagen der Experten nicht festzustellen sei.

Dem Antrag der F.D.P.-Fraktion, Umdruck 14/736, der lediglich eine Befristung der generellen Freigabe vorsehe, ohne daß dabei jedoch Artenschutzgesichtspunkte zum Tragen kämen, könne die SPD-Fraktion ebenfalls nicht folgen.

Abg. Todsén bekräftigt, daß die CDU-Fraktion ihren Antrag aufrechterhalte. Dem Antrag der F.D.P.-Fraktion könnte sie im wesentlichen folgen, sie vermisse darin aber die aus ihrer Sicht doch sehr bedeutsame wissenschaftliche Untersuchung, die dazu beitragen könnte, Zweifler von der Notwendigkeit der regulierten Bejagung der Rabenvögel zu überzeugen.

Der Antrag der SPD-Fraktion hingegen gehe über die Feststellungen der unabhängigen Wissenschaftler in der Expertenanhörung hinweg. Die sehr sorgfältig im Rahmen des Wildtierkatasters erhobenen Daten machten nach ihrer Auffassung einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Rabenvögelpopulation und der Abnahme anderer Singvögel deutlich. Unklar sei zudem, was die SPD-Fraktion unter einer "Harmonisierung der Bestandserfassungsmethoden" verstehe. Die schlüssigeren Daten liefere nach ihrer Einschätzung das Wildtierkataster, dem flächendeckende Erhebungen zugrunde lägen.

Eine Überprüfung des Genehmigungsverfahrens unter Kosten- und Zeitgesichtspunkten ändere im übrigen nichts an den in der Anhörung dargelegten jagd- und waffenrechtlichen Problemen, die im Grunde nur durch eine generelle Ausnahmeregelung ausgeräumt werden könnten.

Abg. Dr. Happach-Kasan hält die intensive Beschäftigung mit der Rabenvogelproblematik durch das Parlament für überzogen. Auch nach ihrer Ansicht negiere der Antrag der SPD-Fraktion die von dem Kreisjägermeister in Lübeck im Rahmen der Anhörung dargelegten Verfahrensprobleme. Es sei unvertretbar, die unteren Naturschutzbehörden weiterhin mit den aufwendigen Einzelgenehmigungsverfahren zu belasten. Statt dessen sollten - wie es der Antrag der F.D.P.-Fraktion vorsehe - diejenigen, denen die Bejagung gestattet werden sollte, in die Verantwortung genommen werden und sich einer freiwilligen Selbstkontrolle unterziehen.

Eine begleitende wissenschaftliche Untersuchung halte sie nicht für angebracht. Das Parlament sollte sich um solche Tierarten kümmern, die gefährdet seien; dazu zählten die Rabenvögel jedoch nicht.

Mit den Stimmen der Vertreter von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt der Ausschuß gegen die Stimmen der Vertreter der CDU bei Stimmenthaltung der Vertreterin der F.D.P., dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 14/70, zu

empfehlen. Zugleich empfiehlt er mit den Stimmen der Vertreter von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreter von CDU und F.D.P. dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktion der SPD, Umdruck 14/739.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P., Umdruck 14/736, wird mit den Stimmen der Vertreter von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Vertreterin der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Vertreter der CDU abgelehnt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Klimaschutz - Planen, Bauen und Wohnen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/553 (überwiesen am 13. März 1997 an den Sozialausschuß, den Umweltausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß)

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Ausschuß mit den Stimmen der Vertreter von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreter von CDU und F.D.P. dem federführenden Sozialausschuß, dem Landtag die Annahme des Antrags vorzuschlagen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Regulierung des Kormoranbestands

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/636

(Verfahrensfragen)

(überwiesen 25. April 1997 an den Umweltausschuß und den Agrarausschuß)

Der Ausschuß kommt überein, sich zunächst in einer gemeinsamen Sitzung mit dem beteiligten Agrarausschuß von den Ministern für Umwelt, Natur und Forsten sowie für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus über den derzeitigen Stand - auch den Stand der Gespräche mit den Teich- und Fischwirten - informieren zu lassen. Erst nach dieser Information wird der Ausschuß darüber befinden, ob zu der Thematik auch eine Anhörung insbesondere der Teich- und Fischwirte durchgeführt werden soll.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bodenschutzprogramm "Ziele und Strategien des Bodenschutzes in Schleswig-Holstein"

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/188 (überwiesen am 1. November 1996 an den Umweltausschuß und den Agrarausschuß)

Auf eine Frage der Abg. Franzen teilt M Steenblock mit, daß nach den bisher bekannten Planungen der Entwurf des Bundesbodenschutzgesetzes bis zur Sommerpause in den Ausschüssen des Bundestages abschließend beraten sein soll, so daß sich der Bundesrat im Herbst des Jahres erneut damit beschäftigen werde. Ein genauer Termin sei bisher aber nicht bekannt. Von Bedeutung sei in diesem Zusammenhang die Zusage der Bundesregierung, das für die Länder sehr wichtige gesamte untergesetzliche Regelungswerk dem Bundesrat für die erneute Beschäftigung mit dem Entwurf im Frühherbst des Jahres zuzuleiten.

Der Ausschuß stellt daraufhin die weitere Beratung des Berichts der Landesregierung für eine spätere Sitzung zurück.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**19. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim
Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Drucksache 14/600(überwiesen am 24. April 1997 an den Innen- und
Rechtsausschuß und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Auf eine Nachfrage der Vorsitzenden, Abg. Tengler, teilt M Steenblock mit, daß der Entwurf der Verordnung zum Landeswassergesetz, den der Landesdatenschutzbeauftragte in seinem Bericht angemahnt habe, inzwischen dem Datenschutzbeauftragten zur Stellungnahme zugeleitet worden sei.

Der Ausschuß schließt damit die Beratung des Tätigkeitsberichts ohne ein Votum an den federführenden Innen- und Rechtsausschuß ab.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Landeszuwendungen für Maßnahmen des Artenschutzes
Eingabe 187-14-c der Rechtsanwälte Kubicki, Graf Kerssenbrock für die
Eulenschutzgemeinschaft**

Umdruck 14/448

In nichtöffentlicher Sitzung erörtert der Ausschuß den der Eingabe 187-14-c- der Rechtsanwälte Kubicki, Graf Kerssenbrock für die Eulenschutzgemeinschaft zugrunde liegenden Sachverhalt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Der Entwurf eines Terminplans für das 2. Halbjahr 1997, Umdruck 14/738, wird vom Ausschuß gebilligt. Zugleich nimmt der Ausschuß für die Sitzung am 3. September 1997 eine Bereisung des Eider-Treene-Sorge-Gebiets in Aussicht, um sich an Ort und Stelle ein Bild von dem Stand des ETS-Projekts zu verschaffen. Form und Dauer dieser Bereisung, die um 10:00 Uhr beginnen soll, werden die Sprecher der Fraktionen im Vorwege abklären und dabei auch Schwerpunkte festlegen.

b) Ein Knickschutzprogramm, nach dem sich Abg. Storjohann unter Hinweis auf das Landschaftsprogramm erkundigt, als eigener programmatischer Teil der Umweltpolitik ist dem Ministerium nach den Worten von M Steenblock derzeit nicht bekannt.

c) M Steenblock stellt weiter auf eine Nachfrage der Abg. Strauß klar, daß das Ministerium bisher keinerlei Aussagen in dem Sinne getroffen habe, daß die Sanierung des Metallhüttengeländes in Lübeck der Firma Balticon übertragen werden solle; hierbei müsse es sich um ein Mißverständnis handeln.

* * *

In seiner nächsten Sitzung am 28. Mai 1997 wird sich der Ausschuß ausführlich mit dem Landschaftsprogramm beschäftigen.

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. Tengler
Vorsitzende

gez. Burdinski
Geschäfts- und Protokollführer